

GR. Peter MAYR

10.04.2008

A N T R A G

Betr.: Publikation des Amtsblattes der Stadt Graz im Internet,
Elektronische Form aller Stücke der GR-Ausschüsse

1. Der Magistrat der Stadt Graz ist schon seit langem bemüht, seine Dienstleistungen zunehmend auch über das Internet zur Verfügung zu stellen, sei es im Rahmen der E-Government-Strategie des Bundes oder vieler eigener Projekte. Ein sehr einfach und ohne zusätzliche Kosten umzusetzendes Angebot wurde bislang noch nicht realisiert: Die Veröffentlichung des Amtsblattes auf der städtischen Website, zumindest nach der Publikation der Papierausgabe.

2. Die elektronische Zurverfügungstellung der Vorlagestücke ist in vielen GR-Ausschüssen bereits Praxis. Im Sinne einer einheitlichen Arbeitspraxis und eines einfachen Zugangs zu den Arbeitsunterlagen für alle GR-Mitglieder (GR Mario Kowald ist z.B. auf die elektronische Form angewiesen) möchten wir die Magistratsdirektion bitten, die geschäftsführenden Stellen aller GR-Ausschüsse zu beauftragen, die Ausschusstücke in den dafür vorgesehenen Ordnern des Exchange- bzw. Sharepointsystems des Magistrats zur Verfügung zu stellen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g,

die Magistratsdirektion werde beauftragt, eine Umsetzung der im Motivenbericht genannten Maßnahmen (Elektronische Zurverfügungstellung aller Stücke der GR-Ausschüsse und Publikation des Amtsblattes der Stadt Graz im Internet) zu unterstützen.

GR. Kurt HOHENSINNER

10.04.2008

A N T R A G

Betr.: Kostenloser, kabelloser Internetzugang
auf öffentlichen Plätzen – WLAN

Das Internet begleitet uns heutzutage sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben. Einige europäische Städte setzen auf den Ausbau von kostenlosen, kabellosen Internetzugang auf öffentlichen Flächen. Ziel ist es, WLAN Oasen zu schaffen, die Infrastruktur um eine neue Dienstleistungsqualität für BürgerInnen und die Wirtschaft zu bereichern und optimale Voraussetzungen für mobiles Arbeiten im Stadtgebiet zu setzen.

Die Kosten pro „Hotspot“ (Sendestation) liegen bei zirka 400,00 Euro zuzüglich Betriebskosten.

Mit Hilfe der Stadtwerke Tochter Citycom konnte vergangenen April am Karmeliterplatz das erste und seit Oktober am Hauptplatz das zweite WLAN Pilotprojekt gestartet werden. Schon in den ersten zwei Wochen registrierte die Citycom tausende Zugriffe auf das kabellose Internet.

Die Grazer Bevölkerung hat diese Versuche wie es scheint eindrucksvoll angenommen.

Bei einer Finanzierung ist auch darauf zu achten, dass über die Startseite die Möglichkeit von Werbeeinschaltungen besteht. Somit würden sich die Betreiberkosten in Grenzen halten.

WLAN – eine gesundheitliche Gefahr?

Die von WLAN - Geräten benutzten Funkfrequenzen liegen bei 2,4 GHz bzw. 5,4 GHz, also im Mikrowellenbereich. WLAN wird daher auch im Zusammenhang mit möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Elektromog diskutiert. Nach mehreren Studien, u. a. des Bundesamts für Strahlenschutz, gibt es innerhalb der gesetzlichen Expositionsgrenzwerte nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft keine Nachweise, dass diese hochfrequenten elektromagnetischen Felder gesundheitliche Risiken verursachen. WLAN hat lediglich ein 20stel der Strahlung eines üblichen Mobiltelefons und kommt genauso auch in Krankenhäusern zur Anwendung.

Trotzdem gibt es, wie bei jeder neuen Technologie, auch viele Skeptiker und Menschen, die vor einer gesundheitlichen Belastung warnen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A N T R A G:

Die Stadt Graz tritt mit dem Ersuchen um Prüfung folgender Punkte an die Grazer Stadtwerke heran:

- Die beiden Pilotprojekte am Karmeliterplatz und Hauptplatz sind zu evaluieren.
- Die gesundheitlichen Bedenken der Bevölkerung werden ernst genommen. Die Citycom holt von einer anerkannten unabhängigen Institution ein Gutachten ein, welches die WLAN-Strahlung in Relation zur Handy-Strahlung setzt.
- Die möglichen weiteren Ausbauschritte werden in einem WLAN-Masterplan aufgezeigt.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betr.: 60-Jahr-Jubiläum, Erklärung der
Menschenrechte

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Dr. Nuray Richter-Kanik
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 10. April 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Der letzte Gemeinderatswahlkampf – siehe auch der Abschlussbericht des Menschenrechtsbeirates – hat deutlich gemacht, dass die Frage der Menschenrechte in der politischen Umgangskultur weiterer und verstärkter Anstrengungen auf breitest möglicher Basis bedarf. Dies gilt für das politische Selbstverständnis wahlwerbender Gruppierung, als auch für die öffentliche Bewusstseinsbildung. In einer Stadt wie Graz, in der derzeit Menschen aus nahezu 150 Nationen leben, ist das Erfordernis an Respekt und die Achtung der Menschenwürde für alle eine menschliche Pflicht – und damit ein Teil der kommunalen Friedensarbeit in der Menschenrechtsstadt Graz. Im Sinne diesen Menschenrechtbildungsprogramms wird es darum gehen Zukunftsprojekte einzuleiten, die in ihrer Form nachhaltig und beispielgebend sind und langfristig eine positive Wirkung erzielen; somit kann Graz seine Position als Stadt des Dialoges der Kulturen und Religionen stärken.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

als einen ersten Schritt mit der Vorbereitung - anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte - , eine Sonder-Bürgerinformation/BIG für den Spätherbst 2008 zu beginnen u.a. unter Einbindung des Grazer Menschenrechtsbeirates und dessen Geschäftsstelle ETC (Europäischen Menschenrechte und Demokratie), sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung, des Interreligiösen- und MigrantInnen-Beirats, des Integrationsreferates, des AAI, sowie einschlägig tätiger NGO's.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 10. April 2008

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betreff: Umbenennung des Kriegssteigs am Grazer Schlossberg in Friedenssteig

Die steirische Friedensbewegung fordert seit einer symbolischen Aktion im Jahr 1984 die Umbenennung des Kriegssteigs auf den Grazer Schlossberg in Friedenssteig. Die KPÖ hat mit mehreren Anträgen im Gemeinderat diese Forderung unterstützt, die dem Ansehen von Graz als Menschenrechtsstadt dient.

Leider ist diese Forderung bisher nicht Wirklichkeit geworden. Selbst ein einstimmig angenommener Antrag des Bezirksrates Innere Stadt vom 17. 6. 2003 wurde vom zuständigen Abteilungsvorstand DI Günther Lorber abschlägig beantwortet.

Der Kriegssteig wurde während des 1. Weltkrieges unter anderem von russischen Kriegsgefangenen errichtet. Heuer jährt sich der 90. Jahrestag des Kriegsendes. Das wäre eine gute Gelegenheit für eine Umbenennung, welche auch mit einem symbolischen Festakt verbunden werden könnte.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt für die Umbenennung des Kriegssteigs auf den Grazer Schlossberg in Friedenssteig ein.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 10. April 2008

Gemeinderätin: Gerti Schloffer

Antrag

Betreff: Betonwerk Mühlfelderweg 30 in Straßgang

Auf dem Standort Mühlfelderweg 30 in Strassgang wurde im Jahr 2004 eine Betonmisanlage errichtet und war etwa ein halbes Jahr lang in Betrieb, ehe ein UVS – Entscheid die gewerberechtliche Genehmigung aufgehoben hatte und vom Konsenswerber zurückgezogen wurde.

In der Zwischenzeit hat ein neuer Konsenswerber ein gewerberechtliches Ansuchen zur Betreibung einer Betonmisanlage an diesem Standort gestellt. Die Verhandlung fand im März 2007 statt, bei der es auf Grund der Erfahrungen mit dem vorigen Betreiber einige Einwendungen von Seiten der angrenzenden Bevölkerung gab.

Obwohl es keine Verständigung und anscheinend auch kein abgeschlossenes Verfahren gab, hat die neue Firma den Betrieb der Betonmisanlage am 18. Oktober 2007 aufgenommen.

Wir haben hier im Gemeinderat am 15. März 2007 folgende Anliegen, die wir heute als Antrag einbringen möchten, in einer Anfrage an den Bürgermeister gerichtet, welche leider bis jetzt noch nicht geschäftsordnungsgemäß behandelt wurden.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats mit der Überprüfung der jetzigen Zufahrt zur Betonmisanlage im Mühlfelderweg 30 hinsichtlich ausreichender Kapazität.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats mit der Errichtung eines Geh- und Radweges im nördlichen Bereich des Mühlfelderwegs, wo die nötige Grundstücksabtretung der Liegenschaftseigentümer auch schon erfolgt ist
3. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats mit der Überprüfung zur Schaffung einer neuen Betriebszufahrt von der Neuseiersbergerstraße, damit der Schwerverkehr nicht durch die Wohngebiete muss.
4. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt den Bürgermeister, die Wahrung der Anrainerrechte im Verfahren zur Errichtung und Betrieb einer Betonmisanlage am Mühlfelderweg 30 zu überprüfen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 10. April 2008

Gemeinderat: Herbert Wippel

Antrag

Betreff: Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletteanlage am Jakominiplatz

Der Jakominiplatz gilt vielen Menschen als Innenstadt-Bahnhof, denn immerhin treffen hier alle Straßenbahnlinien und der Großteil der Grazer Buslinien zusammen. Aber anders als bei normalen Bahnhöfen sind am Jakominiplatz die Toiletteanlagen nicht bis zum Betriebsschluss der Verkehrsmittel geöffnet. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der WC's am Jakominiplatz zumindest angepasst für den regulären Fahrplan bis 23:30 Uhr wäre für eine Kulturhauptstadt mehr als angebracht.

Der Jakominiplatz vermag aus verschiedenen Gründen, die in Fehlern der Vergangenheit liegen, keine allzu große Gemütlichkeit auszustrahlen. Wenn zudem ungenierte Passanten ihre Notdurft zu später Stunde irgendwo am Platz verrichten, hebt das auch nicht die Qualität des Jakominiplatzes.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats, die Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletteanlage am Jakominiplatz täglich bis 23:30 Uhr auszuweiten.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 10. April 2008

Gemeinderätin: Klubobfrau Ingeborg Bergmann

Antrag

Betreff: Kindergerechte WC Anlagen auf öffentlichen Kinderspielplätzen

In der vergangenen Gemeinderatsperiode wurden die „Richtlinien für eine Kinderfreundliche Stadt“ einstimmig vom Gemeinderat beschlossen. Ein Kinderparlament wurde ebenfalls installiert und von allen Fraktionen begrüßt. Den Vorsitz dieses Kinderparlaments führen ein Kinderbürgermeister und eine Kinderbürgermeisterin, welche auch von Stadtpolitikern empfangen wurden und denen alles Gute für Ihre Aktivitäten gewünscht wurde.

Wie sieht es aber in der Praxis aus und wie Ernst werden die Anliegen der Kinder genommen. Im Frühsommer 2007 wurde vom Kinderparlament die Situation der WC's auf den städtischen Kinderspielplätzen aufgegriffen. Auf einigen Kinderspielplätzen gibt es keine WC's und auf solchen wo es welche gab wurden diese auf Grund zu weniger Einnahmen unter der Begründung – kein Bedarf - wieder entfernt.

Die VertreterInnen des Kinderparlaments haben daraufhin Kontakte mit dem zuständigen Stadtrat und der Liegenschaftsverwaltung aufgenommen. Leider wurden ihre Anliegen mit einem kurzen Schreiben mit der Begründung, die WC's wurden wegen der geringen Benützung (keine Einnahmen - €0,00) bereits 2006 eingezogen.

Kinder haben in der Regel am Spielplatz kein Geld in der Tasche, vor allem jüngere Kinder. Das diese in Ermangelung von 20 Cent eher das Umfeld von Toiletten benützen – welches ein unschönes Bild darstellt - (Wortlaut eines Schreibens aus der Liegenschaftsverwaltung) ist wohl klar.

Eine weitere Tatsache ist es, dass die vormals aufgestellten Toiletten für kleine Kinder sehr schwer zu benützen waren und daher eher das Umfeld vorgezogen wurde. Das Argument - Kinder sollen nach Hause auf die Toilette gehen – zeigt, dass hier mit wenig Gespür für Kinder vorgegangen wird.

Die Wirtschaftsbetriebe haben in den vergangenen Jahren viele Grazer Spielplätze saniert und mit neuen Spielgeräten ausgestattet. WC's sollten auch dazugehören.

Kinder haben Rechte und diese sollten nicht mit Füßen getreten werden. Wenn Graz als kinderfreundliche Stadt auch gelebt und anerkannt werden soll, so sollte es wohl möglich sein unsere Spielplätze mit kindergerechten Toiletteanlagen auszustatten.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

Der/die zuständige Stadtsenatsreferent/in möge alle öffentlichen Spielplätze auf geeignete WC's für Kinder überprüfen lassen und für die Errichtung solcher WC's budgetär Vorsorge treffen um so schnell wie möglich den Missstand zu beenden.

eingbracht am: 10.4.2008



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Gerald Grosz
betreffend Einhaltung der Straßenverkehrsordnung für Radfahrer

Immer öfter kommt es zu Unfällen zwischen Radfahrern und Fußgängern im Stadtgebiet von Graz. Das vermehrte Auftreten von Radfahrern, die Gehsteige aber auch Gehwege in den Grünanlagen der Stadt offensichtlich als Rennstrecken benutzen wird seitens der betroffenen Bürger als Hauptgrund für diese Problematik angegeben. Die Häufigkeit der widerrechtlichen Benutzung von Gehsteigen und Gehwegen nimmt zu, damit auch die Häufigkeit von Unfällen mit Fahrerflucht. Hauptunfallgeschädigte Gruppe sind nach unseren Recherchen vor allem älterer Mitbürger unserer Stadt. Die Österreichischen Seniorenplattform mit Bundesobmann Vzbgm. aD Dr. Paul Tremmel hat entsprechende Initiativen zur Behebung dieses Problems bereits ergriffen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

- „1. Der Stadtsenat wird aufgefordert entsprechende Initiativen zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung insbesondere in Bezug auf Radfahrer zu setzen. Die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung vor allem in Bezug auf das Verbot des Fahrens auf Gehsteigen und Gehwegen ist verstärkt zu kontrollieren.
2. Der Stadtsenat wird aufgefordert, die Problematik den Grazer Exekutivbehörden zur Kenntnis zu bringen und diese gleichzeitig zu ersuchen, ein verstärktes Augenmerk auf die zitierten Vergehen gegen die Straßenverkehrsordnung zu richten.
3. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, die Ordnungswache damit zu beauftragen, die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung insbesondere auch für Radfahrer verstärkt zu kontrollieren.“

eingbracht am: 10.4.2008



ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Gerald Grosz und Georg Schröck
**betreffend Verordnung eines beidseitigen Halte- und Parkverbots für
Lastkraftwägen im Bereich Augasse 60 – 114, 107**

In der Grazer Augasse, im dicht besiedelten Bereich der Wohnsiedlungen bzw. der Volksschule und dem Kindergarten werden in vermehrtem Ausmaß Lastkraftwägen abgestellt. Dieser Umstand bedeutet für Fußgängerinnen und Fußgänger eine massive Gefahrenquelle, da die Einsicht auf die Schutzwege aufgrund der stehenden Lastkraftwägen gerade für Lenker von Personenkraftwagen schlichtweg nicht mehr gegeben ist. Auf diese Problematik haben bereits mehrmals Anrainerinnen und Anrainer sowie die ehemalige Bezirksrätin von Graz-Gösting Frau Maria Koller aufmerksam gemacht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die Bürgermeister-Stellvertreterin wird von Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, im Wege des Straßenamtes ein beidseitiges Halte- und Parkverbot für Lastkraftwägen im Bereich Augasse 60 – 114, 107 zu prüfen und die entsprechenden Schritte für eine diesbezügliche Verordnung zu einzuleiten.“